69. Jahrgang. № 524

Sonntag, 14. Dezember 1924

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Lobeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15./12. 24 bei tägl. zweimal. Zustell. frei Haus 1,50 Goldmark. Postbezugspr. i. Monat Dezember 3 G.-M. Einzelnummer 15 G.-Pfg. | Anzeigen-Preise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die 1spall. 30 mm br. Zeile 30 ₰, auswärt. 50 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche ohne Rabatt 10 ₰, außerh. 20 ₰, die 90 mm breite Reklamezeile 150 ₰, außerh. 200 ₰. Offertengebühr 10 ₰. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahl.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Wohnungseinrichtungen
Gegründet 1876 Hermann Hohlfeld Johannesstraße 19
Polstermöbel solid und geschmackvoll in eigener Werkstatt gearbeitet

14 Ringstraße Königsdiele Ringstraße 14
Vornehmes Restaurant

Mah-Jongg
das fascinierende China-Drachenspiel
Größte Auswahl
B. A. Müller, Hofl., Prager Straße 32
Deutschlands größtes Spielwarenhaus

26 Prager Straße Elegantes Reisegepäck Adolf Näter Feinste Lederwaren Prager Straße 26

Englands Kompromißpläne über Köln.

Lösung der Räumungs- von der Entwaffnungsfrage. — Ein Abkommen mit Deutschland!

Chamberlain über die englisch-französisch-italienische Freundschaft. — Die Führer der Sozialdemokratie beim Reichskanzler.

Die Absichten der englischen Regierung.

London, 13. Dez. In Londoner politischen Kreisen wird jetzt bestätigt, daß die englische Regierung die Absicht habe, **die Frage der Räumung Kölns von dem Bericht der Militär-Kontrollkommission zu trennen und unabhängig von dem Bericht eine Vereinbarung zwischen Deutschland, England und Frankreich über die Kölner Zone abzuschließen.** Nach weiteren Verlautbarungen hat die englische Regierung nicht die Absicht, die Truppen, die aus Köln zurückgezogen werden sollen, aus Deutschland herauszuziehen, sondern will sie irgendwo in Deutschland stationieren. Als geeignete Orte dafür kämen nach Ansicht der englischen Regierung Trier oder Koblenz in Betracht.

Ein angebliches Urteil der englischen Kronjuristen.

„Wenn Deutschland völlig erfüllt hat."

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten.")

Genf, 13. Dez. Wie der „Temps" aus London meldet, **lautet das Gutachten der englischen Kronjuristen über die Räumung der ersten Zone am Rhein dahin, daß die Räumungspflicht nur dann gegeben sei, wenn die Vertragsverpflichtungen Deutschlands vollständig nach den Vorschriften des Versailler Vertrages erfüllt worden seien.**

Das befriedigende Kontrollergebnis.

London, 13. Dez. Der gewöhnlich sehr gut informierte diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, in britischen Kreisen werde allgemein angenommen, daß der endgültige Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission für Deutschland nicht so ungünstig sein werde, wie man in weiten Kreisen vermutet. Dasselbe gelte von den letzten vorläufigen Berichten, die, wie behauptet werde, schwere Verstöße gegen den Versailler Vertrag enthüllen sollen. **Dies sei jedoch nicht der Fall, wie von der Mehrzahl der Sachverständigen angenommen werde. Es bestehe keine ernste Besorgnis, da die Mannschaften nicht im modernen Sinne bewaffnet seien. Ebenso sei das Wehrministerium in keiner Weise mit dem früheren Generalstab zu vergleichen.** Anschließend an diese Ausführungen bemerkt der Berichterstatter jedoch, **es bleibe wahrscheinlich, daß die von der Kommission angeführten Verstöße gegen die Abrüstungsbestimmungen die Räumung des Kölner Gebietes über den 10. Januar hinaus verzögern werde.** (W. T. B.)

Neue Schnüffelbesuche der Kommission an der Ostgrenze.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Genf, 13. Dez. Das Pariser „Echo" meldet aus Berlin, **die Arbeit der Kontrollkommission wäre noch nicht beendet. Es hätten sich neue Besuche der Kontrollkommission besonders an der Ostgrenze nötig gemacht.**

Frankreichs Stimmungsmache gegen die Räumung Kölns.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Paris, 13. Dez. „Petit Journal" schreibt zur Frage der Militärkontrolle in Deutschland, es sei unrichtig, daß der Generalbericht über die deutsche Entwaffnung bereits fertiggestellt sei. Man müsse etwa noch 14 Tage warten. Augenblicklich sei man nur im Besitze von Teilberichten, die monatlich gegeben würden. In diesen Berichten sei **nicht** die Rede von der **Fabrikation neuer Waffen oder neuer Gase.** Sie enthielten also nichts Alarmierendes, „aber" sie **sprächen von** einem Mechanismus der militärischen Konstruktion und **von einer Bewaffnung** in der Effektivstärke des deutschen Heeres, die nicht im Einklang stünde mit den Verpflichtungen Deutschlands. Es sei richtig, daß **mehrere tausend Kanonen und Gewehre in einer Anzahl von Werken beschlagnahmt wurden, namentlich bei Krupp.** (!) Die vollkommene Umstellung der waffenproduzierenden Fabriken sei noch nicht vorgenommen. Es könne gesagt werden, schließt das „Petit Journal", **daß bis zur Stunde die Teilberichte der Militärkontrollkommission nicht als ein Grund zur Entmutigung für England hinsichtlich der Räumung der Kölner Zone angesehen werden könnten.**

Wie Frankreich die Annektion des Saargebietes vorbereitet.

Ein offener Brief der Saarländer an Herriot.

Saarbrücken, 13. Dez. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des saarländischen Landesrates und der Vorsitzende der Deutsch-Saarländischen Volkspartei haben einen offenen Brief an den französischen Ministerpräsidenten Herriot gerichtet, in dem es heißt: Der Geist, von dem die französische Politik bis zu den Neuwahlen beherrscht war, sei aus den französischen Verwaltungen im Saargebiete noch nicht verschwunden. **Deshalb bestehe der Gegensatz zwischen der saarländischen Bevölkerung und den französischen Behörden fort.** Weiter beschäftigt sich die Eingabe mit den Fällen, in denen dieser Gegensatz zutage tritt, und erwähnt dabei an erster Stelle das Problem der französischen Schulen, die im Gegensatz zum Saarstatut auch den deutschen Kindern aufgezwungen würden. Dann kommt das Schreiben auf die französische Propaganda im Saargebiete zu sprechen, die durch den „Saarkurier" betrieben würde. Das Blatt füllt seine Spalten, indem es alles, was deutsch ist, in den Schmutz ziehe. Der Brief schließt mit der Folgerung, daß die **bisher von den französischen Behörden befolgten Praktiken nichts anderes als die Vorbereitung für die Annektierung des Saargebietes durch Frankreich darstellten. Eine solche Annektierung sei nach dem Urteil aller Einsichtigen nur durch Gewalt möglich.**

Zentrum und Demokraten.

Die Politik der „Mitte".

Während die Deutsche Volkspartei sowohl im Reiche wie in Preußen mit dankenswerter Energie und unbeirrtem Zielbewußtsein den geraden Weg des Zusammenschlusses mit den Deutschnationalen geht, krallt sich das Zentrum, im Widerspruch mit den ursprünglichen, hoffnungsvoller anmutenden Meldungen abermals an dem viel mißbrauchten Schlagwort der Politik der „Mitte" fest und beugt sich unter die linksradikale Fuchtel der Wirth-Leute, indem es sich mit den Demokraten auf Gedeih und Verderb als verbunden erklärt. Es gibt nicht leicht einen agitatorischen Behelf, mit dem ein ähnlicher fauler Zauber getrieben würde, wie mit der Politik der „Mitte". Zentrum und Demokraten führen dieses Schlagwort beständig im Munde, um politischen Gimpelfang zu unternehmen und den Wählern ihrer Kreise, die vor einem radikalen Linkskurs Scheu haben, Sand in die Augen zu streuen. Auch jetzt wiederholt sich dasselbe Spiel. Es ist erbaulich zu lesen, wie die „Germania", das Wirth-Blatt des Zentrums, die Begriffe durcheinanderwirft. Sie meint, wenn das „parteipolitische Experiment einer Rechtsregierung" nach Ansicht der Deutschen Volkspartei gemacht werden müsse, so sei es doch für die gesamte Zentrumspartei ausgeschlossen, eine Rechtsregierung zu unterstützen oder auch nur zu dulden, die es sich einfallen ließe, von dem „bewährten Kurse der Mitte" abzuweichen. Also Rechtsregierung und linksradikales Programm: wie reimt sich das zusammen? Angesichts einer derartigen Begriffsverwirrung kann man es der „Köln. Ztg." nachempfinden, wenn sie auf die Frage: „Was ist Politik der Mitte" die mit bitterer Ironie gesalzene Antwort gibt: „Es ist die Politik, die nie eine Mehrheit hat, stets rechts oder links Hilfe suchen muß, von Krise zu Krise und auch bisweilen zur Auflösung des Reichstages führt, wenn nämlich der Helfer zur Rechten auch seinen Anteil an der Verantwortung begehrt, den der rechte Flügel der Mitte gewährt, der linke aber ablehnt. Dann weiß die Mitte der Mitte nicht mehr ein noch aus und schickt in ihrer Ratlosigkeit einfach den Reichstag nach Hause." Es wäre wahrhaft schrecklich, wenn wir abermals in dieses Chaos hineinstürzten. Vorläufig braucht man aber den ziemlich überraschend gekommenen Umschwung des Zentrums noch nicht als endgültige Stellungnahme zu bewerten. Bei der gerissenen Taktik, in der das Zentrum nach Windthorstischem Muster noch immer Meister ist, drängt sich die Vermutung auf, daß es sich um ein wohlberechnetes Manöver handeln könnte, um die Deutsche Volkspartei auf die Seite einer neuen Konstellation der „Mitte" zu zwingen, die aus Zentrum, Volkspartei und Demokraten bestehen und sich der wohlwollenden Unterstützung der Sozialdemokratie erfreuen würde. Das Zentrum wird so sehr von taktischen Beweggründen beherrscht, daß es sich bei jeder Regierungskrise auf die Seite schlägt, wo es am Besitze der Macht teilnehmen kann. Es sucht immer vor dem Winde zu segeln und hat es dank dieser Lavierungskunst fertiggebracht, daß es seit 1918 als einzige Partei ununterbrochen in der Regierung vertreten gewesen ist. Infolge dieser Eigenart des Zentrums fehlt auch seinem rechten Flügel die volle „pupillarische Sicherheit" bei der Vertretung einer entschlossenen Rechtspolitik, und so ließe es sich erklären, daß der Wirth-Flügel den rechten Flügel „herumgekriegt" und ihn zu dem taktischen Schachzuge bestimmt hätte durch den Hinweis, daß im Falle des Gelingens, wenn die Deutsche Volkspartei sich einschüchtern ließe, in beiden Teilen gedient sei, den rechtsgerichteten Elementen mit der Anteilnahme der Deutschen Volkspartei und den linksgerichteten mit der Berücksichtigung der demokratischen und sozialistischen Wünsche. Möglich wäre das schon. Dem widerspricht allerdings die Haltung, die breite Schichten der Zentrumswähler eingenommen haben. Insbesondere ist eine solche Stellungnahme nicht zu vereinbaren mit der Kundgebung des sehr einflußreichen Rheinischen Bauernvereins, der unzweideutig namens der Landbevölkerung die Beteiligung des Zentrums an einer ernsten aufbauenden Politik im Zusammenschluß der Rechtsparteien und die Abschüttelung der Wirth-Leute gefordert hat. Aehnliches ist aber wiederholt auch schon früher vorgekommen, ohne daß es die Parteileitung gehindert hätte, ihren eigenen Weg zu gehen. Dem offiziellen Zentrum steckt die Diplomatenschläue tief in den

Chamberlains neue Ententepolitik.

Die englisch-französisch-italienische Freundschaft.

London, 12. Dez. Austen Chamberlain erklärte vor seiner Abfahrt aus Rom dem Sonderberichterstatter des Reuterschen Bureaus: Meine Sympathie für Italien wurde durch den persönlichen Kontakt mit den italienischen Staatsmännern und dem italienischen Volke belebt und gestärkt. Ich komme heim mit einer vermehrten Achtung vor dem Völkerbunde und einem erhöhten Vertrauen auf seine Zukunft. Meine Besprechungen mit den Häuptern der Regierungen in Rom und Paris wurden im Geiste des Völkerbundes geführt. Wir brauchen nicht allzu hohe Erwartungen aus Anlaß dieser Besprechungen zu hegen, aber wir wollen anderseits ihre wirkliche Bedeutung nicht herabsetzen. Wir versuchten keine völlige Lösung der großen Probleme, denn nur Zeit, Geduld und guter Wille können sie lösen, aber in Paris wie in Rom suchten wir die Punkte zu entwickeln, in denen wir übereinstimmen, und die Schwierigkeiten zu beheben, **damit unsere drei Nationen im Frieden die enge Freundschaft und das vollkommene Einvernehmen wahren, die sie unter den Leiden und Ruhmestaten von vier heldenhaften Jahren einigten.** (W. T. B.)

London, 13. Dez. Zu dem in ausländischen Blättern erschienenen Bericht, daß Chamberlain in Rom die Möglichkeit erwähnt habe, an Stelle des Genfer Protokolls einen englisch-französischen Pakt abzuschließen, dem andere Staaten beitreten könnten und der unter den Auspizien des Völkerbundes stehen sollte, erklärt „Daily News", der Staatssekretär habe sich in dieser Hinsicht „in keiner Weise festgelegt". (W. T. B.)

Daß Chamberlain sich bereits festgelegt habe, ist niemals behauptet worden. Das Dementi ist darum nur geeignet, die Meldungen zu bestätigen.

Coolidges Abrüstungspläne.

London, 13. Dez. „Daily Telegraph" zufolge hat Präsident Coolidge gestern nachmittag angekündigt, er beabsichtige, im nächsten Sommer eine Abrüstungskonferenz einzuberufen. Bevor er diese Einladung erlasse, erwarte er eine Mitteilung von seiten der einzuladenden Länder über diesen Plan. (W. T. B.)

Amerika besteht auf seinem Anteil an der Dawesbeute.

London, 13. Dez. Nach einer Meldung aus Washington hat die Regierung dem amerikanischen Botschafter Kellogg ihre Antwort auf die letzte englische Note betreffend Zahlungen an Amerika aus den Einkünften des Dawes-Planes zur Weiterleitung an das englische Auswärtige Amt zugehen lassen. Dem Vernehmen nach bleibt Staatssekretär Hughes fest bei seinem Standpunkt, daß Amerika als assoziierte Macht jedes Recht hat, Zahlungen von Deutschland auf Grund des Dawes-Planes zu erhalten.

Verminderung des französischen Offizierkorps.

Paris, 12. Dez. In der heutigen Vormittagssitzung der Kammer ist bei Beratung des Budgets für das Heer auf Antrag eines sozialistischen Abgeordneten mit 302 gegen 267 Stimmen beschlossen worden, die Zahl der Offiziere im Heere herabzumindern, so daß eine Ersparnis von 20 Millionen Franken erzielt werden könne. (W. T. B.)

SLUB
Wir führen Wissen.